

22/10

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen des Stadtrats Landau in der Pfalz

Erweiterung des Anschlussstelle Nord A 65 / B 272 – weitere Planungsalternativen auf Realisierbarkeit und Finanzierbarkeit prüfen

Der Rat der Stadt Landau in der Pfalz bittet das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur des Landes Rheinland-Pfalz, die Umsetzung der Erweiterung der Anschlussstelle Nord A 65 / B 272 vorläufig zu stoppen und mit den örtlichen Gremien ergebnisoffene Gespräche zu führen. Ziel soll es sein, eine Kompromisslösung zu erarbeiten, die den Interessen aller Betroffener Rechnung trägt.

Die Erweiterung der Anschlussstelle Landau-Nord gemäß gültigem Planfeststellungsbeschluss ist als Brücke über die A 65 und anschließend als Brücke über die Zubringerbrücke zur A 65 geplant. Daraus resultiert ein Bauwerk mit einer Höhe von ca. 11 Metern über der Autobahn.

Am 19. Oktober 2012 wurde in einer Podiumsdiskussion in der Turnhalle Dammheim eine technisch umsetzbare Alternative zur geplanten Erweiterung der Anschlussstelle Landau Nord A 65 / B 272 vorgestellt. Dabei wird die Verbindungsspanne als Unterführung ausgeführt. Weiterhin wurden Kompromisslösungen angesprochen wie eine Verschiebung des dritten Brückenbauwerkes nach Osten.

Diese Planungsalternativen sind bislang noch nicht auf ihre Realisierbarkeit und Finanzierbarkeit untersucht worden. Eine erste Schätzung hat ergeben, dass eine solche Lösung im finanziellen Rahmen bliebe und für die Südpfalz und die dort wohnenden Bürger erhebliche Vorteile mit sich bringen würde.

Durch die Aufnahme weiterer Gespräche würde die Landesregierung der Intention gerecht, die im Koalitionsvertrag im Kapitel 12 unter dem Titel „Vielfalt, demokratische Teilhabe und Engagement“ zwischen den die Regierung tragenden Parteien vereinbart worden ist:

„Unsere Demokratie lebt vom Engagement und der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in Rheinland- Pfalz. Wir wollen die Möglichkeiten der Beteiligung weiter ausbauen und die Rechte auf informationelle Selbstbestimmung stärken.

Nur im Dialog und im Austausch kann Politik erfolgreich im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gestaltet werden. Über raumplanerische Großprojekte muss daher frühzeitig, umfassend und fortlaufend informiert werden. In allen Entwicklungs- und Planungsphasen wollen wir Möglichkeiten der Beteiligung gewährleisten. Dies soll nicht zu einer Verlängerung der Planungsphasen führen, sondern durch Erreichen von tragfähigen Lösungen und Kompromissen die Umsetzung beschleunigen. Im Dialog mit allen demokratischen Parteien wollen wir gemeinsame Lösungen erarbeiten.“

Eine Bauverzögerung sollte in Kauf genommen werden können, wenn dadurch die Verbindungsspanne mit Zustimmung der Bevölkerung und im Einklang mit der Natur und dem Landschaftsbild umgesetzt werden kann.